

Die Frage der Uebergabe der Verwaltung in Polen.

Warschau, 12. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet: Unter Vorsitz des Verwaltungschefs Steinmeister haben in diesen Tagen Beratungen in der Frage der Uebergabe der Verwaltung in polnische Hände stattgefunden, an denen seitens der Okkupationsbehörden die Abteilungschefs der Zivilverwaltung, Mitglieder des deutschen Kommissariats bei der königlich polnischen Staatsregierung und Vertreter des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern und des österreichisch-ungarischen Armeekommandos teilnahmen. Seitens der polnischen Behörden hat Ministerpräsident Steczkowski während der ganzen Dauer der Beratungen teilgenommen; die einzelnen Minister mit den Referenten waren nur bei den Beratungen über ihre Ressorts zugegen.

Wie eine Veröffentlichung der Presseabteilung beim polnischen Ministerpräsidium besagt, bildeten den Gegenstand der Erörterung Fragen, die zu dem Ministerium des Innern, der Finanzen der Landwirtschaft, der öffentlichen Gesundheitspflege, sozialen Fürsorge und Arbeiterschutz und dem Ministerium für Handel und Industrie gehören, sowie Fragen aus den Arbeitsgebieten des Ministeriums für Kultus und Unterricht und des Justizministeriums, soweit sie von der polnischen Behörde noch nicht übernommen worden sind. Den Ausgangspunkt der Beratungen bildeten Anträge bezüglich der Uebernahme der Verwaltung, die vorher vom Ministerrat genehmigt und den Okkupationsbehörden überandt worden waren. Das Ergebnis der Beratungen war: Gewisse Zweige der Verwaltung werden den polnischen Behörden gleich nach Erledigung der Genehmigung der Zentralbehörden der Okkupationsmächte in Berlin und Wien übergeben werden können, andere Zweige, die sich grundsätzlich schon jetzt zur Ueberweisung eignen, bedürfen einer Besprechung der Einzelheiten, welche in besonderen Kommissionsberatungen erfolgen sollen, während andere erst mit dem Augenblick der Uebernahme

*Der gesamten Verwaltung darf die
gehörigen Befugnisse übertragen werden
können.*